Diether Dehm wirbt in einem Offenen Brief auf den *NachDenkSeiten* leidenschaftlich für den „Magdeburger Weg“ des BSW Sachsen-Anhalt – also für eine verlässliche Zusammenarbeit mit der AfD bis hin zur Wahl Ulrich Siegmunds zum Ministerpräsidenten am 15. Dezember. Vieles an seiner Kritik an den Medien und an den innerparteilichen „Maßreglern“ ist berechtigt. Doch der Brief hat eine Leerstelle, und die ist groß: Er sieht die AfD erstaunlich naiv. Wer von dieser Partei eine Friedens- oder gar Sozialpolitik im Sinne des BSW erwartet, dürfte eines Morgens neben einer schwarz-blauen Koalition aufwachen, die das genaue Gegenteil betreibt. Eine Replik von **Jens Berger**.

Zunächst das, worin Diether Dehm recht hat. Die Brandmauer ist eine Sackgasse – das war ja auch einmal Gründungskonsens des BSW, und daran hat sich nichts geändert. Ein Antrag wird nicht dadurch falsch, dass auch die AfD ihm zustimmt. Wenn der Landtag in Magdeburg auf Initiative des BSW Friedensgespräche statt eine Ausweitung des Ukrainekrieges fordert, ist das richtig. Wenn BSW und AfD gemeinsam die Kitagebühren abschaffen wollen, ist das richtig. Und dass der Rüstungskonzern Elbit seine Pläne in Sangerhausen begraben hat, ist ein Erfolg. Punkt.

Sicher, auch die Heuchelei vieler Medien, die das BSW vor Thüringen und Brandenburg noch hinter die Brandmauer locken wollten, ist gut dokumentiert. Nur geht es darum gar nicht. Dass das BSW bei gemeinsamen Punkten mit der AfD stimmt, bestreiten nicht einmal die Unterzeichner des Gegenantrags. Jessica Tatti und Ralph Suikat haben in einem Debattenbeitrag ausdrücklich daran erinnert, dass die BSW-Gruppe im Bundestag genau so gearbeitet hat.

Die Frage ist eine andere: Tut das BSW so, als gäbe es mit der AfD größere Schnittmengen? Macht es aus einer Reihe von Sachabstimmungen ein Bündnis? Und wählt es einen AfD-Ministerpräsidenten, der dann fünf Jahre lang über Haushalt, Schulen, Polizei, Kultur und Personal eines ganzen Bundeslandes bestimmt? Zwischen einem gemeinsamen Landtagsbeschluss und der Übergabe der Exekutive liegen Welten. Die unübersehbare Kluft zwischen BSW und AfD mit dem Verweis auf den Weltfrieden wegzuwischen, halte ich für rhetorisch ambitioniert. Wollen wir doch lieber die Kirche im Dorf lassen.

**Die Schnittmenge passt auf einen Bierdeckel**

Wer die Programme nebeneinanderlegt, sieht schnell, wie klein die gemeinsame Fläche ist. Kurz und zugespitzt:

- Steuern: Die AfD will die Einkommensteuer durch eine Art Einheitssteuer von rund 25 Prozent ersetzen und Vermögen-, Erbschaft- und Grundsteuer abschaffen. Die größte Entlastung – absolut wie relativ – bekämen die Spitzenverdiener. Das BSW will Superreiche stärker besteuern. Das ist kein Detail, das ist der Kern linker Politik, die aller Begriffsverwirrungen zum Trotz immer noch Leitfaden der BSW-Programmatik sein sollte.

- Staatsfinanzen: Die AfD verspricht Steuergeschenke für die Wohlhabenden in Höhe von rund 180 Milliarden Euro im Jahr – ein Fünftel aller Steuereinnahmen. Die Zahl stammt übrigens ausgerechnet vom arbeitgebernahen IW. An der Schuldenbremse hält die AfD fest und nennt als Gegenfinanzierung Radwege in Peru. Am Ende bleibt nur eins: Kürzungen im Sozialstaat. Das BSW will öffentliche Investitionen statt Kaputtsparen.

- Rente: Die AfD schmückt sich mit dem österreichischen Modell, übernimmt aber nur das Etikett. Ein Rentenniveau von 70 Prozent ist ein „fernes Ziel“ ohne Weg dorthin, die Privatisierung der Altersvorsorge stellt sie nicht infrage und schießt ansonsten mit Vorliebe gegen „Zuschüsse“ zur Rente aus Steuereinnahmen. Ihr gesamtes Rentenprogramm ist eine nebulöse Nullnummer ohne konkrete Aussagen. Das BSW will eine Erwerbstätigenversicherung, in die alle einzahlen – auch Beamte und Abgeordnete.

- Arbeit und Soziales: Die AfD will das Bürgergeld durch eine „aktivierende Grundsicherung“ ersetzen und bedient dabei jedes neoliberale Klischee vom faulen Leistungsempfänger. Von politischen Mindestlohnerhöhungen und starken Gewerkschaften hält sie wenig. Das BSW will höhere Löhne und eine höhere Tarifbindung.

- Wohnen: Die AfD steht klar im Lager der Eigentümer, Mieterschutz ist ihr eher lästig. Und nein, lieber Diether, dass die Linkspartei in Berlin einst 147.000 Wohnungen verscherbelt hat, macht die AfD im Umkehrschluss nicht zur Mieterpartei.

- Energie: Hier gibt es tatsächlich Überschneidungen – billiges russisches Gas, Ende der Sanktionen. Doch die AfD setzt auf Markt und Atomkraft, das BSW auf Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand und regulierte Preise.

Ich habe das Programm der AfD vor knapp zwei Jahren als „neoliberal bis ins Mark“ und als Kuckucksei bezeichnet, das die Partei ihren Wählern ins Nest gelegt hat. Daran hat sich nichts geändert. Die AfD kann sich diesen Bluff leisten, weil sie bislang nirgends regiert. Mit dem Magdeburger Weg würde das BSW ihr ausgerechnet dabei helfen, das zu ändern – und ihr obendrein ein soziales Feigenblatt umhängen.

**Friedenspartei? Eher ein Wurmfortsatz von MAGA**

Diether Dehm hält den Begriff „Friedenspartei“ für semantischen „Müll“. Geschenkt. Sein eigenes Kriterium lautet: Entscheidend sei jeder reale Schritt gegen einen konkreten Krieg. Gut, legen wir dieses Kriterium an.

Keine Frage – die Haltung großer Teile der AfD gegenüber Russland ist pragmatisch, und das ist gut so. Wer Russland nicht als Feind sieht, Sanktionen ablehnt und Verhandlungen fordert, liegt richtig. Die Botschaft hör’ ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Denn bei der „Energiefrage“ endet die Friedenspolitik der AfD auch schon. Alice Weidel hat Trumps Forderung, fünf Prozent des BIP für Rüstung auszugeben, ausdrücklich zugestimmt. Rüdiger Lucassen und Alexander Gauland fordern seit Jahren mehr Geld für die Bundeswehr, Beatrix von Storch beklagte noch vor Kurzem deren „chronische Unterfinanzierung“. In einem viralen Video wetterte sie gegen Merz‘ Rüstungsprogramm, kritisierte bei genauem Hinsehen aber nicht die Rüstung, sondern nur deren Finanzierung über Schulden. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht steht im Programm – der Parteitag in Riesa hat sie gegen den ausdrücklichen Willen Tino Chrupallas beschlossen. Von welcher AfD reden wir also? Die bessere Frage wäre ohnehin: Aufrüstung gegen wen eigentlich? Wenn Russland kein Feind ist – wofür dann fünf Prozent des BIP?

Auch bei der Nahost-Politik ist die AfD alles andere als eine Kraft des Friedens. Beim Gazakrieg steht sie fest an der Seite der israelischen Regierung, und zwar nicht etwa leiser als die CDU, sondern lauter. Ja, beim Angriff der USA und Israels auf den Iran hat die Parteispitze im März auf Distanz zu Trump gesetzt. Aber erst, als Umfragen zeigten, dass eine klare Mehrheit der Deutschen diesen Krieg ablehnt – und gegen den lautstarken Protest der eigenen Transatlantiker. Eine Friedenspolitik, die sich nach Umfragewerten richtet, ist keine.

Zugespitzt gesagt: Die AfD ist außenpolitisch vor allem ein Wurmfortsatz der Trump-USA und der MAGA-Bewegung. Die ideologischen Fäden laufen über Thiel, Musk und Vance, nicht über Moskau. Diether Dehm sieht Chrupalla und Oliver

Kirchner. Er übersieht Weidel, von Storch und Sven Tritschler. Die AfD hat beide Flügel. Die Frage ist nur, welcher sich durchsetzt, wenn es ernst wird.

**Wer diktiert hier wem?**

Und damit sind wir beim eigentlichen Punkt. Ein Friedensantrag im Magdeburger Landtag kostet nichts – Außenpolitik ist keine Landessache. Der Lackmustest kommt, wenn die AfD im Bund eine Machtoption bekommt. Und das wird sie, wenn überhaupt, nur zusammen mit der CDU.

Robin Alexander hat bei Lanz erstaunlich offen beschrieben, welche „roten Linien“ die AfD für eine Koalition räumen müsste: EU, NATO, Israel, Rechtsstaat. Bei näherem Hinsehen bleibt davon nur eine echte übrig – das Verhältnis zu den USA und zu Russland. Glaubt irgendjemand ernsthaft, dass die AfD dann der CDU ihre außen- und sicherheitspolitischen Linien „diktieren“ wird? Ich nicht. Viel wahrscheinlicher ist, dass sich die transatlantische Linie Weidels durchsetzt und die AfD ihre Russlandpolitik gegen Zugeständnisse bei Migration und Innerer Sicherheit eintauscht – dort, wo ihr Herz ohnehin schlägt. Dann wird sie womöglich sogar transatlantischer sein als die CDU. Wetten, dass?

Das BSW stünde dann als die Partei da, die der AfD das Etikett der Friedenspartei verliehen und den Weg an die Macht geebnet hat. Tatti und Suikat haben das treffend beschrieben: Ist Siegmund erst einmal gewählt, sinkt die Bedeutung des BSW für die AfD rapide – und dann schnappt die Falle zu.

**Das größere Risiko**

Diether Dehm malt das Szenario aus, Siegmund könnte am 15. Dezember scheitern und das BSW würde dafür medial verantwortlich gemacht. Mag sein. Das größere Risiko ist aber das umgekehrte: Siegmund wird gewählt, regiert mit den Stimmen des BSW – und das BSW wird zum Juniorpartner im rechten Lager, ohne je einen Koalitionsvertrag unterschrieben zu haben. Linke Wähler wandern ab, rechte Wähler wählen ohnehin lieber das Original. Bei den kommenden Wahlen im Westen, wo das BSW derzeit um zwei Prozent steht, dürfte das kaum helfen. Wobei das noch sehr freundlich formuliert ist.

Auch das Pürner-Zitat, das Dehm anführt, hilft hier nicht weiter. Ja, 44 Prozent der Wähler in Sachsen-Anhalt wünschen sich eine AfD-geführte Regierung. Das ist Demokratie. Aber zur Demokratie gehört auch, dass die Wähler des BSW eben nicht

die AfD gewählt haben. Dieses rein mathematische Argument finde ich ohnehin seltsam, schließlich haben die übrigen Parteien der „Anti-AfD-Front“ zusammen genauso viele Stimmen wie die AfD. Sind die Stimmen ihrer Wähler dann aus demokratischer Perspektive weniger wert als die der AfD-Wähler?

Und was die angebliche Mäßigung der AfD in Sachen „Remigration“ angeht: Ein paar kritische Stimmen auf Musikfestivals ändern wenig an einem Programm, das den Begriff selbst aufgenommen hat. Dass ausgerechnet das BSW die AfD zivilisiert, ist eine schöne Hoffnung. Die Erfahrung spricht eher dafür, dass es umgekehrt läuft.

**Augen auf**

Das BSW soll mit der AfD stimmen, wo es in der Sache richtig ist – bei Friedensinitiativen, bei den Kitagebühren, gegen Rüstungsansiedlungen. Eine Brandmauer braucht es nicht. Was es aber auch nicht braucht, ist die Illusion, die AfD sei ein natürlicher Partner für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Sie ist es weder in der Steuer- noch in der Renten-, Sozial- oder Wohnungspolitik, und in der Friedenspolitik ist sie es nur, solange es nichts kostet.

Diether Dehm schließt seinen Brief mit „Kopf hoch – nicht die Hände!“. Dem schließe ich mich gerne an. Aber bitte mit offenen Augen.

Titelbild: ChatGPT, erstellt mit künstlicher Intelligenz